

**Protokoll der Sitzung des JHA
vom 10.08.2017 Zeit: 14:40 Uhr – 18:15 Uhr**

Ort: Domkapitelsaal

Teilnehmer/-innen und Gäste:

s. Anwesenheitsliste

Vorsitz: Herr Barde

Protokoll: Herr Möller

Bremen, den 19.08.2017

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt

Unter Verschiedenes werden keine Themen angemeldet.

TOP 2: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

keine

TOP 3: Protokoll der Sitzung vom 22.06.2017

Das Protokoll der Sitzung vom 22.06.2017 wird genehmigt.

Es wird angekündigt die Beschlussfassung zu den Themen Sportentwicklungsplanung, Bäderkonzept und Qualitätsstandards Eltern- und Familienarbeit in der Sitzung am 07.09.2017 vorzunehmen.

TOP 4: Arbeitshilfe zum Umgang mit besonderen Vorkommnissen gem.§47 SGBVIII im Land Bremen - Schutz von Minderjährigen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

Der Landesjugendhilfeausschuss entschied eine gemeinsame Erörterung der Vorlagen mit dem Jugendhilfeausschuss für die Stadtgemeinde Bremen durchzuführen und lediglich die Beschlussfassung im JHA erneut aufzurufen.

Frau Hellbach stellt einleitend fest, dass der Schutz von Kindern in Einrichtungen ein langjähriger Standard der Jugendhilfe sei, der eine erhöhte Bedeutung erhielt, da Einzelfälle in anderen Bundesländern bundesweit ins Blickfeld gerieten. Daher sollten LJHA und JHA über die für Bremen weiterentwickelten Standards in Kenntnis gesetzt werden.

Frau Göhmann führt in die Vorlage ein, erläutert die Struktur der Vorkommnisse, bei deren Auftreten die Träger von stationären Einrichtungen der Jugendhilfe dem Landesjugendamt Meldung machen sollen und stellt die entsprechenden Meldeformulare vor. Ferner stellt sie eine Auswertung besonderer Vorkommnisse vor und beantwortet einzelne Rückfragen dazu.

Herr Schmitt begrüßt für die LAG die Implementierung dieser Meldeverfahren.

Auf Kritik, die Landesrichtlinie bestehe schon seit 2008 und erst jetzt werde die Arbeitshilfe vorgelegt, stellt Frau Hellbach richtig, auch vorher habe es diesbezügliche Verfahren und Verfahrensstandards gegeben aber hier sei nunmehr eine Weiterentwicklung in enger partnerschaftlicher Kooperation mit den freien Trägern erfolgt und dem LJHA bzw. dem JHA vorgelegt worden.

Ziel sei es gewesen, landesweit einheitliche Formulare zu verwenden, wenngleich auch klar sei, dass die Meldeverpflichtung in Bremerhaven nicht gegenüber dem Landesjugendamt sondern gegenüber dem kommunalen Amt bzw. dem Magistrat besteht. Im weiteren Verlauf der Erörterung wird das beschriebene Verfahren als gute Handreichung angesehen, in Bezug auf den Leitfaden aber angemerkt, dass es eher um das Kindeswohl gehen müsse als um das dort als Kriterium angeführte „öffentliche Interesse“. Auf letztere Anmerkung bezogen, sagt Frau Göhmann eine Überarbeitung zu. Im weiteren Verlauf wird der Zeitpunkt der nächsten Berichterstattung diskutiert. Ein ergänzender Beschlusspunkt als 3. wird eingefügt. Abschließend unterstreicht Herr Schmitt für die LAG, dass es entsprechende Verfahren bereits seit 2008 gibt und das hier beschriebene im Wesentlichen der Qualifizierung dienen solle.

Herr Möhle bittet, die Ziffern 1 und 2 sowie 3 des ergänzten Beschlusses des LJHA hier getrennt abzustimmen.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Herr Möhle

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss begrüßt die Erarbeitung der Arbeitshilfe zum Umgang mit besonderen Vorkommnissen gem. §47 SGBVIII im Land Bremen und stimmt ihrer Verabschiedung zu.

2. Er nimmt den Bericht des Landesjugendamtes über den Stand und die Entwicklung Besonderer Vorkommnisse 2016/2017 zur Kenntnis und bittet um erneute Berichterstattung im Jahr 2019.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

Beschluss:

3. Erbittet die Verwaltung zusätzlich bereits im Jahr 2018 über das Jahr 2017 zu berichten

Gegenstimmen: 4

Enthaltungen: 1

TOP 5: Aufstellung der Haushalte 2018/2019

Der Landesjugendhilfeausschuss entschied, eine gemeinsame Erörterung der Vorlagen mit dem Jugendhilfeausschuss für die Stadtgemeinde Bremen durchzuführen und lediglich die Beschlussfassung im JHA erneut aufzurufen.

Herr Kahn führt in die Vorlage ein und erläutert dort beschriebene Schwerpunkte des Haushaltsentwurfs vor dem Hintergrund der engen Vorgaben der bestehenden Haushaltsnotlage in Bremen. Ferner gibt er Hinweise zur Struktur der Darstellung hinsichtlich der Trennung von Stadtgemeinde Bremen und Land Bremen, weist darauf hin, dass nunmehr keine Mittel im Zusammenhang mit Kindertagesbetreuung im Haushalt SJFIS ausgewiesen werden, da alle Aufgaben und Titel zum Ressort SKB übergegangen sind bzw. sein werden und verteilt einen Zeit- und Terminplan bezüglich des weiteren Verfahrens. Frau Ahrens argwöhnt, dass die in der Vorlage verwandte Bezeichnung Hochrisikoposten darauf hindeute, der Haushaltsentwurf sei bereits zum jetzigen Zeitpunkt unrealistisch und weist darauf hin, er werde der Umsetzung der Rahmenkonzeption sowie den Anforderungen an die Spielraumförderung nicht gerecht. Herr Tuncel weist auf eine Unterdeckung der Mittel für die OJA hin. Frau Gerking kritisiert für die LAG, dass der LJHA / JHA nicht vor der Deputation befasst und somit nicht in die Erörterung von Schwerpunktsetzungen in den einzelnen Handlungsfeldern der Jugendhilfe einbezogen wurde. Ferner weist sie darauf hin, die LAG habe bereits nach der Erarbeitung der Rahmenkonzeption darauf hingewiesen, dass deren Umsetzung eine Erhöhung der Ansätze für die regionalen Angebote der OJA sowie eine stärkere Berücksichtigung stadtzentraler Angebote erforderlich sei. Dieser Zielsetzung werde der vorgelegte Entwurf nicht gerecht. Sie gibt eine Darstellung der Rückäußerung der LAG als Anlage zum Protokoll. Herr Goldschmidt erinnert an die Beschlüsse des JHA vom 11.11.2014 und bedauert, dass der vorgelegte Entwurf diesen nicht vollständig folgt, begrüßt aber die Entwicklung im Hinblick auf die vorgeschlagenen Steigerungen. Frau Kohlrausch erklärt als Vertreterin der Fraktion der FDP, dass diese den Haushalt in der Bremischen Bürgerschaft ablehnen werde und bittet die freien Träger um Argumentationshilfe. Herr Möhle empfiehlt, den Entwurf vor dem Hintergrund der Haushaltsnotlage realistisch zu betrachten. Schließlich zeige er die richtige Richtung auf und auch wenn die jugendpolitischen Mittel sicherlich nicht ausreichend seien, müsse gewürdigt werden, dass wichtige und richtige Schwerpunktsetzungen vorgenommen würden. Frau Thoben Bergmann merkt an, sowohl die erhöhte Anzahl junger Menschen in der Stadt, wie auch Kostensteigerungen würden nicht angemessen berücksichtigt. Frau Dr. Rose erläutert zum Verfahren, fachliche Erwartungen von LJHA und JHA müssten sich an den Haushaltsgesetzgeber richten, weil die Ausschüsse nicht förmlich am Haushaltsgesetzgebungsverfahren beteiligt sind,. Ferner bestünden weiterhin Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der Haushaltsanschlüsse, wie zum Beispiel im Bereich der Spielförderung. Herr Kahn erläutert zum Begriff der Hochrisikoposten, hierunter seien gesetzliche Leistungsansprüche, wie zum Beispiel auf Hilfen zur Erziehung zu verstehen und erklärt, mindestens etwa 90 % der Sozialleistungen seien derartig eng gebunden und daher die

diesbezüglichen Spielräume eng begrenzt. Andere Aufgaben wie z. B. Offene Jugendarbeit und Kindertagesbetreuung unterlägen jedoch auch einer gesetzlichen Bindung. Er erläutert das Vorgehen im Rahmen des Haushaltsvollzuges im Verlauf dessen zunächst Mehreinnahmen oder Minderausgaben betrachtet, bevor beispielsweise Nachtragshaushalte in Erwägung gezogen würden. Herr Barde mahnt die künftige Realisierung der Mitwirkung von LJHA und JHA an. Frau Gerking fordert Beteiligung und Information auch im weiteren Haushaltsaufstellungsverfahren ein. Frau Rose stellte klar, dass die 5%ige Planungsreserve wenn sie denn erbracht werden muss, in der Regel ohne Nachteile für die Träger umgesetzt wird. Abschließend weist sie darauf hin, dass es im Verlauf der beiden letzten Haushaltsjahre durchaus auch Zuwächse, wie im Bereich des Integrationskonzepts oder für das Demokratiezentrum gegeben habe, die aber natürlich auch mit ergänzenden Aufgaben verknüpft seien.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: . / .

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage Aufstellung der Haushalte 2018/2019 für die Sondersitzung der staatlichen und städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 4. August 2017 zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 6: Mitwirkung der Ortsämter an der Aufstellung der Haushalte 2018/19

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes wurde vorgezogen und erfolgte im Rahmen einer Unterbrechung der Sitzung des LJHA.

Herr Möhle regt an zu beachten, dass der JHA nicht in Angelegenheiten der Stadtteile eingreift und verweist auf die entsprechenden vereinbarten Verfahren.

Frau Frank macht darauf aufmerksam, dass nur Anträge der Beiräte zum Haushalt gem. § 32 OBG an die Deputation weiterzuleiten sind. Eine Befassung des JHA sei nicht zwingend vorgesehen. Sie warnt davor, den beschlossenen Verteilungsschlüssel für die Umsetzung des Rahmenkonzepts aufzuschnüren und einzelne stadtteilbezogene Betrachtungen vorzunehmen bzw. entsprechende Beschlüsse zu fassen. Sie erläutert in diesem Zusammenhang einzelne Anträge von Beiräten und die Möglichkeiten im Rahmen der Stadtteilbudgets entsprechende Schwerpunktsetzungen vorzunehmen, stellt aber auch die Grenzen dar, weil eine Hinterlegung für zusätzliche Aufgaben im Gesamtbudget für OJA nicht gegeben ist und andernfalls die Verteilungssystematik gemäß Rahmenkonzeption gesprengt werde. Frau Frank erläutert die Verteilungssystematik und die Verfahren im Detail und empfiehlt von einer regelmäßigen Befassung des JHA mit allen Anträgen von Beiräten abzusehen, da schließlich die Beiräte in den Verfahren in den CA beteiligt seien und sich andernfalls der JHA sich regelmäßig mit Anträgen bezogen auf 19 Stadtteile und Angelegenheiten von 88 Ortsteilen befassen müsse. Grundsätzlich habe der JHA die gesamtstädtische Steuerung in den Blick zu nehmen. Im Rahmen der Qualitätsdialoge würde die Entwicklungen in den Stadtteilen aber auch die

Gesamtentwicklung für den JHA transparenter. Herr Goldschmidt pflichtet dem bei, hält es aber für sinnvoll wesentliche Angelegenheiten und Grundsatzfragen im JHA zu behandeln. Frau Dr. Rose ergänzt, die Beiräte könnten sich auch unmittelbar an den JHA wenden und in den Sitzungen Stellung beziehen. Herr Möhle empfiehlt ebenfalls, davon abzusehen den JHA mit allen Anträgen von Beiräten zu befassen. Ferner ist sich der JHA einig, vor der Deputation mit dieser Vorlage befasst werden zu müssen, nimmt aber auch zur Kenntnis, dass das Ressort SJFIS bereits in der Deputationssitzung sein Bedauern geäußert habe, durch den Sondertermin der Deputation den JHA nicht zuvor beteiligt zu haben.

Frau Frank informiert, es sei geplant, Änderungen des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter auch in Bezug auf die Beteiligung an der Haushaltsaufstellung vorzunehmen. Der JHA werde rechtzeitig Kenntnis über die Änderungen erhalten.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Herr Möhle, Frau Frank, Frau Ahrens, Frau Gerking, Herr Tuncel, Frau Dr. Rose, Herr Goldschmidt, Herr Barde

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadtgemeinde Bremen nimmt die Vorlage nebst Anlagen zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 7: Eckwertvorschlag des Senats – Bericht zu Auswirkungen für die Kinder- und Jugendförderung

Der Landesjugendhilfeausschuss entschied, eine gemeinsame Erörterung der Vorlagen mit dem Jugendhilfeausschuss für die Stadtgemeinde Bremen durchzuführen und lediglich die Beschlussfassung im JHA erneut aufzurufen.

Frau Frank führt in die Vorlage ein und lenkt den Blick des LJHA auf Zuwächse im Bereich der Offenen Jugendarbeit im Umfang von 1,206 Mio. € seit 2014. Sie weist jedoch darauf hin, dass die vom JHA angestrebte Steigerung der Mittel für die regionalen und die stadtzentralen Angebote mit dem vorliegenden Eckwertbeschluss nicht erreicht werden könne. Ferner äußert sie ihr Bedauern, dass das Europapolitische Jugendkonzept nur in Teilen umsetzbar sei, andererseits seien Arbeitsbereiche und Projekte wie aufsuchende Jugendarbeit, Demokratie Leben, Hass im Netz, Integration und Investitionen in der Spielförderung gut darstellbar. In den letzten beiden Bereichen werde, um Standards der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu sichern, eine Umsetzung jedoch schrittweise erfolgen. Herr Goldschmidt weist auf die Erstellung des und die Beschlussfassung zum Europapolitischen Jugendkonzept im Jahr 2015 hin und stellt fest, die Umsetzung großer Teile bedürfe der Hinterlegung durch zusätzliche Mittel. Frau Dr. Rose bedauert ebenfalls, dass das Europapolitische Jugendkonzept nicht umfassend umgesetzt werden könne, weist aber auf die Möglichkeit hin, Ergänzungen vorzunehmen sobald sich Möglichkeiten der Finanzierung böten.

Im Rahmen der wieder aufgenommenen Erörterung wird ein Zusatz zum Beschlussfassung diskutiert und sich im Ergebnis eine Ergänzung (Beschluss Zf. 2) verständigt:

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Frau L. Krümpfer, Frau Ahrens, Herr Goldschmidt, Frau Dr. Rose, Frau Frank

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zu den Auswirkungen des Eckwertvorschlags des Senats für die Kinder- und Jugendförderung zur Kenntnis.

2. Der JHA verweist auf seine Beschlussfassungen zum Rahmenkonzept OJA sowie seine zum Europapolitischen Jugendkonzept und bedauert es außerordentlich, dass eine vollumfängliche Umsetzung in den Haushaltseckwerten für 2018/19 nicht hinreichend hinterlegt ist.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 8: Berichte der Verwaltung:

Von der Senatorin für Kinder und Bildung werden Berichte zu folgenden Themen erbeten:

Ausbau der Kindertagesbetreuung

Aufstellung der Haushalte 2018/2019

Herr Barde hat bereits in der Sitzung des LJHA erklärt, sich diesbezüglich an die Senatorin für Kinder und Bildung wenden zu wollen.

TOP 9: Verschiedenes

Keine Themen

für das Protokoll:

Arnd Möller

Terminplan Haushaltsaufstellung 2018/2019

(Stand: 20.06.2017)

ANLAGE 4

Vorgang	Planung		Arbeits- tage	Beteiligte
	Anfang	Ende		
Haushaltsvorentwurf und Finanzplanung				
Haushaltsklausur - 2-tägige StR-Sondersitzung	12./13.06.2017			StR
Haushaltsklausur - 1 1/2-tägige Senats-Arbeitssitzung	17./18.06.2017			Senat
Sitzung des Senats (Ergebnisse der Arbeitssitzung)	20.06.2017			Senat
<i>Sommerferien</i>	<i>22.06.2017</i>	<i>02.08.2017</i>		
Rückmeldung der Veränderungsnotwendigkeiten bei den Haushaltsvoranschlägen		23.06.2017		Ressorts
Rückmeldung erforderlicher Änderungen im Produktgruppenhaushalt		30.06.2017		Ressorts
Einpfelegen der Beschlüsse in den kameralen und Produktgruppenhaushalt (ggf. einschl. der Planungsjahre 2020 - 2021)	26.06.2017	07.07.2017	10	21, 22, 25, 32
Versendung der Unterlagen an die Fachdeputationen/-ausschüsse	10.07.2017	28.07.2017	15	Ressorts
Fachdeputations-/Fachausschussbefassung (überwiegend Sondersitzungen notwendig)	31.07.2017	09.08.2017	8	Ressorts
Sitzung des Senats (Ergebnisse der Fachdeputationen/-ausschüsse sowie Restanten)	22.08.2017			Senat
Haushaltsentwurf				
Erstellung Vorlagenentwurf "Mitteilung des Senats zur Weiterleitung"	ab 23.08.2017			21;32
Zusammenstellung des Produktgruppenhaushalts, der kameralen Haushalte, der maßnahmebez. Investitionspläne, der Stellenpläne und der Wirtschaftspläne einschl. Gesamtplan; technische Aufbereitung	23.08.2017	29.08.2017	5	21;25;32
Drucken der Haushaltsbände; Erstellung der CD-ROM (ggf. USB-Stick); abschließende Arbeiten	30.08.2017	11.09.2017	9	21; Hausdruckerei
Sitzung Senat: Vorlage "Mitteilung des Senats zur Weiterleitung der Haushaltsgesetze und Haushaltspläne 2018/2019 sowie der Finanzplanung 2017-2021 an die Bürgerschaft"	12.09.2017			Senat

nachrichtlich:

Sitzungen der Bürgerschaft	19.09.2017	21.09.2017	Bürgerschaft
Sitzungen der Bürgerschaft	07.11.2017	09.11.2017	Bürgerschaft
Sitzungen der Bürgerschaft	05.12.2017	07.12.2017	Bürgerschaft